



Diese Frau stellt gleich

Jeden Morgen steigt Hacer Kırılı in die S-Bahn und fährt aus Hannover südwestlich in die knapp 20 Kilometer entfernt gelegene Gemeinde Wennigsen (Deister). Hier ist sie als kommunale Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte Ansprechpartnerin für die Bürger*innen und die Kommunalverwaltung. Und zwar immer dann, wenn es um Diskriminierung geht – wenn Menschen anders behandelt werden, weil sie zum Beispiel weiblich sind oder eine Migrationsgeschichte haben.

Der Arbeitstag beginnt früh – schon um 7.10 Uhr steht sie in der Büroküche und kocht Tee. „Ich nutze die Zeit bis neun Uhr gern, um Mails abzuarbeiten“, sagt sie – und Mails bekommt sie viele: Pressemitteilungen, Fortbildungs- und Veranstaltungseinladungen, Nachrichten von Ehrenamtlichen, von Kolleg*innen, von Ministerien oder Kooperationspartnern.

An diesem Morgen sitzt Kırılı als Gleichstellungsbeauftragte in einem Vorstellungsgespräch – eine Frau hat sich um eine Stelle als Bauingenieurin beworben. „Wir hatten noch andere Bewerber, aber sie war die einzige Frau, deswegen wollten wir sie unbedingt treffen.“ Kırılı achtet im Vorstellungsgespräch darauf, dass niemand aufgrund des Geschlechts ungleich behandelt wird. „Die Grundsäule meiner Arbeit ist eine Parität zwischen den Geschlechtern zu schaffen, dazu gehören Personalangelegenheiten, also auch Vorstellungsgespräche und andere Maßnahmen, und zum anderen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, beschreibt Kırılı ihr Aufgabengebiet.

Grundsätzlich ist in Niedersachsen jede Kommune mit mehr als 20.000 Einwohner*innen verpflichtet, eine hauptberuflich beschäftigte Frau mit der Hälfte ihrer regelmäßigen Arbeitszeit als Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen. Dass Wennigsen mit rund 14.000 Einwohner*innen eine angestellte Gleichstellungsbeauftragte hat, sei politischer Wille gewesen – und dass die Stelle neben Gleichstellung auch den Bereich Integration umfasst, ebenso.

Von Lea van der Pütten
Foto: Ricardo Wiesinger

Als kommunale Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte balanciert *Hacer Kırılı* zwischen zwei Ämtern. Aber warum braucht es diese? Wir haben sie einen Tag lang begleitet

Viermal die Woche bietet Kırılı gemeinsam mit zwei Sozialarbeitern eine Sprechstunde an. Zu ihnen kommen Frauen, die häusliche Gewalt erleben, Geflüchtete, die Probleme mit der Ausländerbehörde haben, oder Menschen, die sich zu Themen beraten lassen wollen, die etwas mit Gleichstellung oder Integration zu tun haben. So kam etwa einmal eine Schule auf Kırılı zu, weil eine muslimische Schülerin nicht beim Schwimmunterricht mitmachen durfte. Kırılı setzte sich dafür ein, dass das Mädchen einen Burkini bekam. Ein anderes Mal wurde ein Vater in ihre Beratung geschickt, weil er sein Kind geschlagen hatte. Als Kırılı ihm erklärte, dass man Kinder nicht schlagen darf, fragte er, ob er denn seine Frau schlagen dürfe. „Da sind dann von mir eben beide Perspektiven gefragt“, so Kırılı.

„Man kann die Synergieeffekte der beiden Ämter nutzen und gucken, wo es Schnittmengen gibt“, sagt Kırılı. Wenn sie zum Beispiel mit einem Architekten darüber spricht, wie man Gewalt in einer neuen Flüchtlingsunterkunft vorbeugen kann, schaut sie eben nicht nur, welche Anforderungen für welche kulturellen Gruppen erfüllt sein müssen – sie hat auch die Bedürfnisse der Frauen im Blick, die hier mit vielen fremden Männern zusammenleben werden. So soll in diesem Fall jede Wohneinheit mit eigener Küche und eigenem Bad ausgestattet sein, sodass Frauen sich in ihren Räumen sicherer fühlen können.

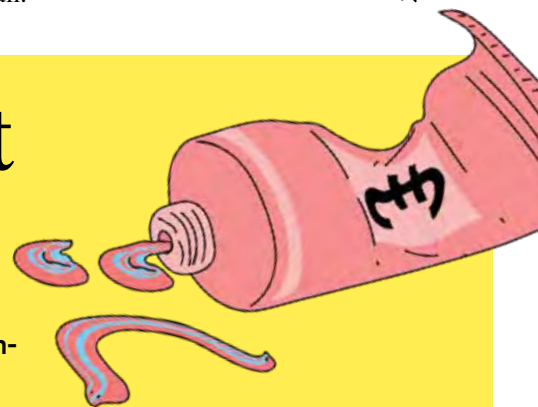
Manchmal ist das nicht ganz so einfach, dann stehen ihre beiden Rollen im Konflikt miteinander. Bewerben sich zum Beispiel bei gleicher Eignung ein Mann mit Migrationsgeschichte und eine Frau um eine Stelle, muss Kırılı, sofern Frauen unterrepräsentiert sind, die Frau vorschlagen – obwohl gerade mal 4,4 Prozent der Belegschaft in der Verwaltung eine Migrationsgeschichte haben. Besser fände es Kırılı, wenn nicht eine Person beide Ämter inne hätte – sondern es zwei Zuständige geben würde, die eng zusammenarbeiten. So bliebe auch mehr Zeit für die einzelnen Anliegen. „Vieles fällt einfach hintenüber“, sagt Kırılı, die gern noch mehr verändern würde. Etwa den Blick auf andere Geschlechter – jenseits der Einteilung in Frau und Mann, so wie es das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz, auf dessen Grundlage Kırılı arbeitet, derzeit noch vorsieht. Ebenso wünscht sie sich gesellschaftlich ein stärkeres Problembewusstsein dafür, dass Menschen aus mehreren Gründen diskriminiert werden können. „Nach dem Gesetz hat das Geschlecht weder einen kulturellen oder religiösen Hintergrund, noch ist es arm oder reich“,

sagt Kırılı. „Da ist die Gesellschaft aktuell einfach weiter als die Gesetze. Ich würde mir wünschen, dass sich gesetzlich etwas ändert.“ Ein aktives Stimmrecht in Vorstellungsgesprächen wäre zum Beispiel ein Anfang. Bisher kann Kırılı lediglich Empfehlungen aussprechen.

Wenn Kırılı nach ihrem Arbeitstag schließlich durch Wennigsen zurück zum Bahnhof läuft, sieht sie direkt, wo ihre Arbeit den Alltag der Menschen konkret betrifft: Die Gehwege müssen breit genug für Kinderwagen sein. Hecken dürfen nicht zu hoch sein, damit keine Angsträume entstehen. Und die Straßenbeleuchtung sollte natürlich genügend Licht spenden. Wenn sie an der Neubausiedlung Caleidis vorbeikommt, sieht sie, dass die Menschen hier nicht nur im Erich-Pollähne-Weg wohnen, sondern auch im Sophie-Sichart-Weg oder dem Laya-Semmler-Weg. Die paritätische Benennung der Straßennamen – ein Erfolg, den Kırılı für sich verbuchen kann: „Es kommt eben auch auf solch kleine öffentlichkeitswirksame Aufgaben an.“

↙

Der Preis ist Scheiß



Die Verbraucherzentrale Hamburg hat 2019 in einer Aktion vermeintlich zwei Produkte herausgebracht, bei beiden handelte es sich um eine Gesichtscrème. Das eine Produkt mit dem Namen „Smooth Sensation“ versprach „feuchtigkeitsspendende Pflege für ein unwiderstehlich glattes Hautgefühl“ in einer Tube mit pinkfarbenem Design. Das andere hieß „Deep Care“ und sollte „strapazierte Haut zuverlässig vor dem Austrocknen“ schützen. Die Verpackung war in Dunkelblau gestaltet.

Offensichtlich sollten mit der einen Creme Frauen und mit der anderen Männer angesprochen werden. Und es gab noch einen weiteren Unterschied: Die pinkfarbene „Smooth Sensation“ kostete 6,90 Euro, „Deep Care“ nur 4,90 Euro. In Wahrheit handelte es sich allerdings um nur eine Tube – mit einer unterschiedlich gestalteten Vorder- und Rückseite und demselben Inhalt.

Was die Verbraucherzentrale mit dieser Aktion demonstriert hat, ist in den meisten Drogerien normal: Frauen zahlen häufig mehr als das Doppelte für quasi identische Produkte in unterschiedlicher Verpackung. Dieser Aufpreis wird „Pink Tax“ oder „Gender Pricing“ genannt. Besonders hoch sind die Unterschiede bei Rasierartikeln oder Parfums.

Dass das ungerecht ist, ist eigentlich klar. Doch warum ändert sich nichts daran? Studien zeigen, dass Frauen bereit sind, mehr Geld für ihr Äußeres auszugeben als Männer. Der Druck auf Frauen, einem bestimmten, auch in der Werbung vermittelten Körperbild zu entsprechen, ist hoch. Und solange mit diesem Druck auf Frauen Geld verdient werden kann, scheint Gerechtigkeit in weiter Ferne.

Von Katharina Wellems

Patriarchat & Alltag, Teil 4